

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Zensurgemäß bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 6 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; durch unsere Auslieferung monatlich 30 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postämtern vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Die Postämter, Postboten sowie unsere Auslieferung und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle schwerer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Einwirkungen der Behörden, der Lesenden oder der Zeitungsveranstaltungen — hat der Drucker seinen Nachdruck auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung ohne auf Nachzahlung des Tagespreises. Dieser hat bei der Zeitung in den oben genannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in betrüblichem Umfang oder nicht erscheint. / Einzelverkaufpreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Geschäftsstelle oder die Geschäftsstelle. / Anzeigen-Preise sind in der Beilage veröffentlicht. / Berliner Verteilung: Berlin S.W. 46.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgewalt

und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 277.

Donnerstag den 28. November 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der vierten Seite.

Der Stand unseres Rückmarsches.

Bange Frage.

Ein Berliner Mitarbeiter schreibt uns:
In dem demütigen Kongressaal, in dem Bismarcks Welt eine ganze widerstrebende Welt zur Verständigung zwang, saßen sie beisammen die neuen Vertreter der deutschen Regierung, die Kinder der Revolution, um Bilanz aufzunehmen von den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen des Umsturzes aller Dinge. Was sie zu hören bekamen klang trostlos über alle Mahen. Schwierigkeiten über Schwierigkeiten auf allen Gebieten, im Innern und nach außen, und alle Köpfe, alle Arme wollten nicht ausweichen, um auch nur das Dringende in Ordnung zu halten oder weiterem Verfall vorzubeugen. Wird nun bei dieser Lage der Dinge die Liebe zum Ganzen groß genug sein, um nicht selbsttätige Regungen der Einzelteile aufkommen zu lassen? Wenn es sich wirklich nur darum handelte, das bisher oder jener kleine Bundesstaat in einen Nachbarnstaat aufzugeben, sich mit ihm zu einer Einheit verschmelzen und danach mit unverminderter Reichstreue zum Ganzen zurückzukehren — dagegen wäre natürlich gar nichts weiter einzunehmen. Aber einmal liegen im Süden offenbar ganz andere Absichten vor. Die Lösung „Los von Berlin“ wird dort schon seit dem Ausbruch ausgegeben, und namentlich scheint der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern, Herr Kurt Eisner, es sich in den Kopf gesetzt zu haben, mit den Berliner nicht viel Federlesens zu machen. Das mindeste, was er will, ist die Befreiung Breußens als führenden Bundesstaates im Reich. Deshalb hat er sich, kaum das seine Republik in München aufgerichtet war, sofort mit einer Rundgebung an die feindlichen Regierungen gewandt; deshalb liebäugelt er mit den Deutsch-Ostreichern mehr, als die gute Sache es zu rechtfertigen scheint. Dieser Mann weiß wohl, was er will; aber daß seine Absichten zur Wiederaufrichtung des Reiches beitragen könnten, das will uns sehr zweifelhaft erscheinen. Noch schlimmer vielleicht sind die Absichtungen, denen Breußen an sich ausgesetzt erscheint. Nicht nur daß seine Ostprovinzen unmittelbar bedroht sind, auch im Westen sieht es übel genug aus. Das Saargebiet mit seinen reichen Kohlenkäufen haben sich die Franzosen entgegen dem Waffenstillstandsvertrage glattweg angeeignet; sie fragen eben noch nichts und nach niemand mehr, sondern tun, was ihnen beliebt. Aber die ganze schöne Rheinprovinz geht einer höchst ungewissen Zukunft entgegen, und schon ist der Gedanke aufgetaucht, ob man nicht am besten tue, sein Schicksal von Breußen zu trennen, sich als Republik aufzumachen und entweder allein oder unter Anlehnung an die Süddeutschen eine westliche Orientierung zu nehmen — wer weiß, wozu das alles gut sein könnte? Und auch im Norden, an der Wasserfront, sind neue Staatsbildungen aufgetaucht, die einfach von preussischem Land und Gut sich angliedern, was ihnen möglich erscheint, ohne deswegen in Berlin auch nur ein Wort zu verlieren. Und mit Nord-schweden, das schon ganz ungeniert mit der dänischen Regierung in Verbindung getreten ist, schlüßlich der Ring. Kann es, wenn alle diese Pläne verwirklicht werden, dann noch schwerer fallen, das Schwergewicht des Reiches — wenn wir überhaupt noch ein Reich behalten oder wiederbekommen — von Berlin lösen wir einmal nach München oder, wenn Bayern sich überhaupt anders entscheidet, nach Frankfurt am Main zu verlegen? Und wo soll überhaupt die Macht herkommen, die es verhindern könnte, wenn Herr Eisner, wie er es einem englischen Bericht-erstatte gegenüber ankündigte, aus Breußen drei Einzel-republiken zurechtschneiden ließe? Und kann man den Regierungsvertretern der Einzelstaaten, die jetzt in Berlin verammelt waren, überhaupt den guten Willen zutrauen, sich zu becheiden, damit das Ganze, das Reich, das teure Erbe unserer Väter nicht völlig in die Brüche geht? Kann man es angesichts der Tatsache, daß z. B. das typische Land, wohl das kleinste Teilgebiet, das wir in Deutschland haben, nicht weniger als drei Vertreter zu dieser Reichskonferenz entsandt hätte? Wer will, wer kann sich die Kraft zutrauen, wieder zusammenzuleimen, was der Novembersturm aus den Fugen gebracht hat?
Zum dritten Male also: was wird aus unserem Reich und was wird aus dem deutschen Volke?

Für Reichseinheit und Nationalversammlung.

Die Beschlüsse der Reichskonferenz.

Berlin, 28. November.

Spät abends wurden gestern die Beratungen der im Reichskanzler-Palais zusammengetretenen Vertreter der deutschen Einzelstaaten beendet. Auf Vorschlag des Volksbeauftragten Ebert wurden zum Schluß folgende Leitätze als Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.
 2. Der Verfassung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.
 3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Räte die Repräsentanten des Volkswillens.
 4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schnellste Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.
- Die Nachmittags-Sitzung verlief im Gegensatz zur Versammlung, in der die Geister stark aufeinander gestossen waren, in ruhigerem Rahmen. Die Rednungen und Ausführungen verschiedener Redner in der wirtschaftlichen Aussprache machten erheblichen Eindruck. Der Staatssekretär des Ernährungsamts Wurm legte die Schwierigkeiten der Ernährung dar. Staatssekretär Schiffer vom Reichsfinanzamt hob die Wichtigkeit geistiger Staatsbürgerlicher Verhältnisse für die Finanzwirtschaft hervor. Staatssekretär Dr. August Müller vom Reichswirtschaftsamt warnte dringend vor jedem Eingriff in unser Kreditwesen, da unbedingt finanzieller Zusammenbruch folgen werde.

Kein Eingriff in Finanz- und Kreditwesen.

Die Ausführungen dieser Redner überzeugten die Versammlung von der Notwendigkeit, alle etwa aufleimenden zerdröckenden Reigungen in dieser Richtung zurückzudämmen. Folgende Resolution gelangte zur Annahme:

Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrechtzuerhalten, die ungehörte Verdrängung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland zu sichern und die deutsche Volkswirtschaft im In- und Ausland kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und auch in den bisherigen Formen unbedingt erforderlich. In Übereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die deutsche Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditinstitute zu unterbleiben hat.

Dieser Beschluß kommt zur rechten Zeit, denn seit dem ersten Tage der Umwälzung lieferten gerade in dieser Beziehung die hartnäckigsten und tatsächlich beunruhigendsten Gerüchte, denen nun der Boden abgegraben ist.

Aus den Verhandlungen.

Stemlich schon hob sich aus der Fülle der Diskussionsreden auf der Konferenz die Version des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner hervor. Sein Angriff auf die Männer aus früheren Zeiten, auf Solff, Erzberger usw. wurde von Volksgaang ohne zurückgewiesen, der betonte, die Entente sei gegen das deutsche Volk, nicht gegen einen einzelnen Unterhändler. Eisner erklärte, Clemenceau hat erst recht erklärt, die unbrüderlichen Waffenstillstandsbedingungen gälten nicht dem deutschen Volk, sondern Wilhelm II. Der Kaiser sei gegangen, ihm müßten alle die kompromittierten Männer nach Holland folgen, wenn sie nicht wegen Landes- und Volkswerrats angeklagt werden sollten. Solff, Erzberger und Hresgleichen seien für alle Zeiten erledigt. Im übrigen ist der bayerische Ministerpräsident für eine demokratische und soziale Politik der Räteregierung. Außerdem schlägt er die Einlösung eines

Provisorischen Präsidiums an Stelle des Bundesrats

vor, das alle Verhandlungen mit der Entente führt. Nur auf Grund dieser seiner Vorschläge könnten die Abstandsbestrebungen unterdrückt werden, die es befehle, die aber in Bayern härter als je wären. Staatssekretär Erzberger führte in seiner Erwiderung auf die Angriffe Eisners aus, es müsse diesem bekannt sein, daß er, Erzberger, so lange wie möglich für den Frieden gewirkt. Die Behauptung, jede für den Frieden hinderliche Verständigung müsse befeitigt werden, passe ebensogut auf Eisner, der sich auf Clemenceau berufe und nicht wisse, daß dessen Freundschaft Herr Eisner nicht als Sozialist, sondern Herr Eisner als Verdränger der deutschen Einheit gelte. Mit politischen Ratweibern macht man keinen Weltfrieden.

Der Vertreter Gotha's Gietner findet die Verteidigung keines erklärlich, das Erzbergers Sünden auch keines Sünden seien. Er sieht das Programm in der Frage: Ist uns der Frieden lieber als der Sozialismus? Wir müssen für Sozialisierung sein, selbst dann, wenn wir uns dadurch eine feindliche Belegung zuziehen. Uns steht das Volk über dem so genannten Vaterland und dem Volk kann nur der Sozialismus helfen. Livinski-Sachen legt scharfe Verwahrung ein gegen die Zurückstellung der Sozialisierung, ebenso gegen eine etwa geplante Einschränkung der Befugnisse der Räte. Die Nationalversammlung könne ruhig noch verlagert werden, bis die Vorbedingungen für sie geschaffen seien. Volksbeauftragter im Auswärtigen Amt Rautschi unterstützt Eisners Forderung einer Regierung, die vom Wehrheitswillen

Interessenspekulanten für die eigentliche Körperstelle oder deren Namen, Lotteripreis Pfg., Namen Pfg., alle mit 1/2 Zensurgebühr, Beitrag und lobenswerter Satz mit 50% Beitrag. Bei Wiederholung und Zulassung des entsprechenden Satzes. Zusammenfassungen im amtlichen Teil (nur von Reichsamt die Spalte in Pfg. des. Pfg. / Hochverwaltungs- und Offiziersführer 20 bis 30 Pfg. / Lokatorische Interessen-Bezüge (keine) jedes Reichsamtvertrags aus. / Angehörigen bis 11 Uhr vermittelt. / Beilagegebühr des Tages 6 Pfg. / In die Postkassette zu legen. / Für die Erhaltung der Anlagen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Seite 1200/1201 237. / Aufhebung ohne Abzug. / Die Abzahlung und Zinsen haben nur bei Zahlung innerhalb 30 Tagen Gültigkeit. / Die gerichtliche Einweisung, gemeinsame Ausgaben verb. / Interessenten können die Berechnung des Brutto-Zinspreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsbetrag vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerhalb 10 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

so schwer kompromittiert seien. Das würde dem Frieden wahrhaft dienen. Ulrich-Dessen sagt, das Reich muß bleiben, aber die Berliner Diktatur muß fallen. Man wolle nicht los von Berlin, verlange aber gemeinsames Arbeiten. Der Volksbeauftragte Barth erklärte die Nationalversammlung für notwendig, ebenso viele andere Vertreter. Eisner warnt vor der Durchführung des Sozialismus im Augenblick der Zerrüttung.

Scheidemann spricht entschieden für die Nationalversammlung und tritt ferner der Ansicht Eisners bei, daß man im Augenblick der Zerrüttung nicht sozialisieren könne, wendet sich gegen ein Klassenparlament, wie es die Arbeiter- und Soldatenräte auf die Dauer wären, und nennt die technischen Schwierigkeiten der Nationalversammlung lächerliche Zwischschaltung.

Statt Wählerlisten könnten einfache Legitimationen für jeden Wähler dienen. Wir brauchen keine Wählerlisten, nur Legitimationen für jeden Wähler, die nach der Wahl abgestempelt würden, und für jede Partei eine Wählerliste für das ganze Reich. Grabnauer (Sachsen) schließt sich ihm an und nennt die Nationalversammlung eine Schicksalsfrage. Volksbeauftragter Haase hält die Schwierigkeiten der Wahl doch für größer und bittet, die einzelnen Nationalversammlungen in den Bundesstaaten zurückstellen. Staatssekretär Schiffer entwickelt in der nun folgenden wirtschaftlichen Rede ein

Finanzprogramm der Zukunft, in dem schärfste Bekämpfung der Steuern, Großkriegsgewinnsteuer, Besteuerung des Mehreinkommens und Vermögens, abgaben enthalten sind. Nachdem die oben mitgeteilten Beschlüsse gefaßt sind, spricht Ebert das Schlusswort, in dem er sagt: „Wenn die deutsche Republik leben soll, so bedarf sie der Arbeit, Sozialismus ist Arbeit.“ Er appelliert an die Arbeiter und Soldaten, damit die deutsche Arbeiterkraft der Welt zeige, daß 10 Jahre der Erziehung zur Selbsttätigkeit durch die Sozialdemokratie nicht verloren gewesen seien. Die Berichte der heutigen Sitzung machen es allen zur Pflicht, für die neue Republik die staatsrechtliche Festlegung in der Nationalversammlung zu schaffen.

Die kommende Wahl.

Die Entscheidung für die baldmöglichste Einberufung der konstituierenden Versammlung erfolgte fast einstimmig, nur der Delegierte von Gotha stimmte gegen die sofortige Einberufung, der Delegierte von Braunschweig überhaupt gegen die Nationalversammlung. Eisner mußte an seine Zustimmung das Verlangen auf Beachtung seiner Vorschläge.

Der Volksbeauftragte Ebert verteidigte noch die beiden angegriffenen Staatssekretäre Solff und Erzberger. Dr. Solff sei als einziger Staatssekretär von Kriegsbeginn an für einen Verständigungsfrieden gewesen. Und ohne die Tag und Nacht während Arbeit des Staatssekretärs Erzberger hätte die Waffenstillstandskommission ihre Befehle nicht durchführen können.

Aus den Ausführungen des Volksbeauftragten Haase sind noch zu erwähnen seine Bemerkungen über die Rede des Vorsitzenden des Volksrates Richard Müller im Reichs-Rat. Wenn Müller erklärt habe: „Nur über seine Leiche gehe der Weg zur Nationalversammlung“, so habe er damit nur vor einer Überfälschung warnen wollen.

Bereits Dienstag vormittag beschäftigte sich ein Kabinettsrat der Volksbeauftragten mit dem Reichswahlgesetz, ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt, doch soll der erste, von Scheidemann stammende Entwurf abgelehnt worden sein.

Einspruch gegen Eisners Enthüllungen

Protest des Auswärtigen Amtes.

Die von der Münchener Regierung nach der Ankündigung ihres Präsidenten Kurt Eisner erfolgten Veröffentlichungen über die Entdeckung des Krieges haben einen Protest des Auswärtigen Amtes in Berlin veranlaßt. Er lautet:

Das Auswärtige Amt hat gegen die Veröffentlichung der Münchener Regierung über die Vorgeschichte des Krieges protestiert. Sie muß nach Ansicht des Auswärtigen Amtes gerade jetzt wie ein schwerer Schlag für unsere politische Arbeit wirken. Unseren Feinden und Verhandlungsgegnern gibt sie eine Waffe in die Hand, die diese zu benutzen wissen werden. Die Veröffentlichung steht im Zusammenhang damit, daß der jetzige Vertreter Bayerns in Bern seiner Regierung auf Veranlassung eines Mittelmannes Clemenceaus angeraten hat, Mittelungen über die Vorgeschichte des Krieges zu veröffentlichen, weil ein Ver-